

Leipert, Christian

**Article — Digitized Version**

## Wachstumskritik und alternative Entwicklungswege

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Leipert, Christian (1981) : Wachstumskritik und alternative Entwicklungswege, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 3, pp. 144-150

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135540>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Wachstumskritik und alternative Entwicklungswege

Christian Leipert, Augsburg

**Trotz Ihrer unterschiedlichen Auffassungen darüber, „wie“ die gegenwärtigen Schwierigkeiten in den westlichen Industrieländern überwunden werden könnten, sind sich Keynesianer und Neoklassiker darin einig, daß dies nur über mehr Wachstum möglich ist. Diesem herrschenden Wachstumsparadigma in Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspolitik steht seit einiger Zeit eine wachstumskritische Strömung gegenüber. Wie kam es zu dieser Entwicklung? Welches sind Ihre Alternativen?**

Die Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspolitiker, die im Rahmen des Wachstumsparadigmas argumentieren, unterstellen im- oder explizit erstens, daß ein Wachstumspfad erreichbar sei, der zu Vollbeschäftigung führt; und zweitens, daß ein Prozeß fortgesetzt, möglichst hohen Wachstums des Brutto-sozialprodukts mit einer permanenten Verbesserung der Wohlfahrt (Lebensqualität) der Bevölkerung einhergeht. Beide Grundfesten der etablierten wachstumspolitischen Positionen werden von den Wachstumskritikern in Frage gestellt. Ihrer Auffassung nach führt das in Zukunft noch erreichbare Wirtschaftswachstum zu immer geringeren positiven Beschäftigungseffekten. Darüber hinaus werden die positiven Wohlfahrtswirkungen eines fortgesetzten Wirtschaftswachstums immer fragwürdiger, während die negativen Auswirkungen auf die natürliche und soziale Umwelt, auf die Ressourcenlage der Dritten Welt und der zukünftigen Generationen sowie auf die strukturellen Bedingungen der Selbstverwirklichung des einzelnen im Arbeitsprozeß und in der Freizeit immer rascher zunehmen.

## Negative Wohlfahrtswirkungen

Es wird seitens der Wachstumskritiker zu bedenken gegeben, daß spezifische Formen einer Wachstumspolitik genau das Gegenteil dessen erreichen können, was intendiert war. Eine Wachstumsbeschleunigungspolitik mit dem Ziel eines höheren Beschäftigungsstandes kann unter bestimmten Bedingungen negative Nettobeschäftigungseffekte zur Folge haben. Die gleiche Politik, die darauf abzielt, eine stagnierende Wirt-

schaft auf einen stabilen Expansionspfad zu führen, kann durch die zwangsläufig damit verbundene vermehrte Beanspruchung von Energieressourcen, anderen Rohstoffen und der Umwelt die Bedingungen für die Erreichung eines stabilen Expansionspfades derart erschüttern, daß unfreiwillig die nächste (Angebots- und Kosten-)Krise und nicht ein dauerhafter Aufschwung vorprogrammiert wird<sup>1</sup>. Eine Wachstumsbeschleunigungspolitik kann kontraproduktive Effekte, d. h. mehr wohlfahrtsnegative als wohlfahrtspositive Auswirkungen auf die Bevölkerung haben. Dies kann der Fall sein, weil der Bedarf nach reparierenden, sanierenden und heilenden Maßnahmen rapide ansteigt (Umweltschutzausgaben, ballungsbedingt höhere staatliche Infrastrukturausgaben, höhere Ausgaben für Versicherungen und höhere Ausgaben des Gesundheitswesens). Diese Aktivitäten sind an sich keineswegs erwünscht, sondern werden erforderlich, um spezifische (produktions- und konsum-)wachstumsbedingte Schäden und Mängelungen kompensatorisch in den Griff zu bekommen<sup>2</sup>.

Ein Überwiegen negativer Wohlfahrtswirkungen kann aber auch verursacht werden durch gewisse zwangsläufige Folgen einer Wachstumsbeschleunigungspolitik auf die Arbeitsbedingungen eines großen Teils der Erwerbstätigen. Die Chancen für die Befriedigung individueller Bedürfnisse jenseits des Einkom-

<sup>1</sup> Die Entwicklung unserer Wirtschaft in den letzten Jahren gibt uns einen Vorgeschmack auf die zu erwartenden Erschütterungen einer Wachstumspolitik an den (politisch, sozial und natürlich bestimmten) Grenzen des Wachstums.

<sup>2</sup> Vgl. M. J ä n i c k e: Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert. Kosten und Nutzen technokratischer Symptombekämpfung: Umweltschutz, Gesundheitswesen, innere Sicherheit, Opladen 1979; C. L e i p e r t: Gesellschaftliche Berichterstattung. Eine Einführung in Theorie und Praxis sozialer Indikatoren, Berlin, Heidelberg, New York 1978, S. 12 ff.

*Dr. Christian Leipert, 36, ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg.*

mensmotivs, z. B. nach Anerkennung, Kooperation und Zugehörigkeit, nach intellektueller Herausforderung, nach Aktivität und Abwechslung und schließlich nach Selbstverwirklichung werden eher geringer, wenn infolge des Wachstumsimperativs alle noch erschließbaren Produktivitätssteigerungsreserven im Arbeitsprozeß ausgeschöpft werden müssen. Dies impliziert ein Eindringen von Mechanisierung und Automatisierung überall dort, wo die strukturellen Bedingungen dafür überhaupt nur gegeben sind. Ein Beispiel für eine derartige Strategie der Ausschöpfung aller sich eröffnenden Produktivitätspotentiale erleben wir gegenwärtig im Verwaltungssektor, der noch vor wenigen Jahren als weitgehend immun gegen die im industriellen Sektor schon seit längerem in Gang befindliche Automatisierungstendenz galt.

### Dimensionen der Wachstumskritik

Der Weg „Vollbeschäftigung qua Wachstumspolitik“ erscheint den Wachstumskritikern erstens nicht gangbar, weil das dafür nötige Wirtschaftswachstum nicht mehr erreichbar sein wird, und zweitens auch aufgrund vielfältiger problematischer Wohlfahrtswirkungen nicht mehr erwünscht.

Eine zentrale Legitimationsquelle einer offensiven Wachstumspolitik ist der Hinweis auf die Funktion eines hohen Wirtschaftswachstums als Instrument für die Erhaltung alter und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Diese Funktion des wirtschaftlichen Wachstums ist jedoch vor dem Hintergrund der zukünftig erwarteten sinkenden Wachstumsspielräume und einer relativen Zunahme der Bedeutung von Rationalisierungsinvestitionen in Frage gestellt. Wir beobachten seit den 50er Jahren eine Abnahme des Wachstumstrends des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP). In der Dekade 1968/78 belief sich das durchschnittliche jährliche Wachstum des BIP auf 3,4 % (vgl. Tabelle). Allgemein rechnet man für die 80er Jahre in den Wirtschaftsforschungsinstituten und in den Wirtschafts- und Finanzministerien nicht mit einer höheren durchschnittlichen Rate. Das Gegenteil ist eher der Fall,

### Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten der Produktion und der Arbeitsproduktivität (1950-1978)

	Zuwachsrate der Produktion <sup>a</sup>	Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität <sup>b</sup>
1950/60	7,2	5,1
1960/70	4,6	4,4
1968/78	3,4	3,7

<sup>a</sup> Reales BIP zu Preisen von 1970.

<sup>b</sup> Reales BIP je Erwerbstätigen.

Quelle: 1950 bis 1960: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; ab 1960: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18.

denn vielfach wird auch dieser Wert für unerreichbar gehalten. Die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität ist zwar trendmäßig auch rückläufig, doch bei weitem nicht so rapide wie die des BIP. In der Dekade 1968/78 ist die Zahl der Erwerbstätigen durchschnittlich um 0,3 % jährlich gesunken.

### Zwang zu Rationalisierungsinvestitionen

Für die Zukunft ist davon auszugehen, daß der ökonomische Druck in Richtung einer absoluten und relativen Zunahme der Rationalisierungsinvestitionen noch zunehmen wird. Hierfür sprechen ganz allgemein die Verschärfung der Wettbewerbsverhältnisse auf den Weltmärkten, die in Zukunft ebenso wie die Binnenmärkte in den Industrieländern langsamer expandieren werden, deren Nachfragepotential für alle Industrieländer vor allem aufgrund der Belastungen durch die Ölrechnung jedoch zunehmend bedeutsamer wird, das Auftreten der Schwellenländer auf den Märkten der Industrieländer, die Strukturwandlungen in diesen Ländern erzwingen, und die sich langsamer entwickelnde Nachfrage in den Industrieländern bei hohen Sättigungsgraden wichtiger Konsumgüter sowie umweltbedingten Investitionsblockaden.

Trifft der ökonomische Zwang zu einer relativen Zunahme von Rationalisierungsinvestitionen mit einer längerfristig schwach wachsenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zusammen, dann können als Folge einer derartigen Entwicklung negative Nettobeschäftigungseffekte nicht mehr ausgeschlossen werden. Dies ist dann der Fall, wenn rapide sinkende Erweiterungsinvestitionen weniger neue Arbeitsplätze schaffen, als vorhandene durch Rationalisierungsinvestitionen vernichtet werden. Problemverschärfend kommt hinzu, daß die Unternehmen bei sinkenden Wachstumserwartungen versuchen werden, ihre Renditeziele verstärkt über eine Politik der Produktivitätssteigerung zu erreichen (Produktivität als Verhaltensgröße). Rückläufiges Produktionswachstum geht also nicht zwangsläufig mit abnehmendem Produktivitätswachstum einher (Verdoorn-Theorem<sup>3</sup>), sondern kann durchaus auch zu einer Steigerung des Produktivitätswachstums Anlaß geben. Wie unter solchen Voraussetzungen freilich das Beschäftigungsproblem gelöst werden soll, bleibt offen.

Eine indirekte – über Wachstumsstimulation vermittelte – Beschäftigungspolitik birgt noch ein weiteres

<sup>3</sup> Zur Diskussion des Verdoorn-Theorems vgl. K. Kennedy: Productivity and Industrial Growth, Oxford 1971; und N. Kaldor: Causes of the Slow Rate of Economic Growth in the United Kingdom, in: ders.: Further Essays on Economic Theory, London 1978, S. 100 ff.

Problem. Dies ist die Gefahr, daß die Frage nach den Inhalten und den sozialen Kosten des Wachstums unter Umständen gar nicht mehr gestellt wird. Es hat ja – bedenkt man den Rang des Rechts auf Arbeit in der Wertskala unserer Gesellschaft – seinen sozialen Sinn schon dadurch erfüllt, daß zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden sind. In einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit besteht nun die Gefahr, daß problematische Produktionsvorhaben wegen ihrer erwarteten positiven Arbeitsplatzwirkungen trotz aller Vorbehalte durchgeführt werden. Beispiele hierfür sind etwa

- neue Rüstungsvorhaben bzw. die verringerten Chancen einer Abrüstungspolitik in einer Periode hoher Arbeitslosigkeit;
- die Versuchung von Regierungen, Rüstungsexportgeschäfte, die mit der offiziell vertretenen Politik keineswegs vereinbar sind, dennoch zu genehmigen;
- die Kernenergiepolitik, bei der die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Zukunft besonders herausgestellt wird; und
- die Umweltpolitik, deren Stellenwert in der Beschäftigungskrise 1974/75 deutlich sank<sup>4</sup>, weil in der Politik weitgehend immer noch von einem – durch empirische Studien nicht gestützten – negativen Zusammenhang zwischen wirksamer Umweltpolitik und Beschäftigung ausgegangen wird.

Die Wachstumskritiker warnen vor einer Fetischisierung einer Arbeitsplatzbeschaffungspolitik, die einseitig auf die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums setzt. Diese Politik setzt auf ein Wachstumsmuster, das auf einer ständig steigenden Kapitalintensität aufbaut. Die energie-, rohstoff- und umweltbezogenen Kosten solch eines Wachstums werden in Zukunft rapide ansteigen. Hinzu kommt, daß der Beschäftigungseffekt einer gegebenen realen Investitionssumme um so geringer ist, je höher die Kapitalintensität ist. Dann wird jedoch fraglich, ob die sozialen Vorteile dieses Wachstumspfades in Form von abnehmenden Beschäftigungseffekten noch die laufend zunehmenden ökologischen Kosten dieser indirekten Beschäftigungspolitik aufwiegen können.

Die Wachstumskritiker lehnen die in Wissenschaft und Politik überwiegend vertretene Position ab, wonach gerade die weit verbreitete und sogar noch zunehmende absolute Armut in der Dritten Welt eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den Industrieländern erforderlich mache. Nach ihrer Ansicht sei eher das Gegenteil richtig: Durch den weiter steigenden Rohstoff-, Energie- und Umweltverbrauch in den Industrieländern würden sich die natürlichen Entwick-

lungsvoraussetzungen in der Dritten Welt wegen der knapper werdenden Ressourcen und deren steigenden Preise weiter verschlechtern. Die Konsequenz aus der weltweit immer schwieriger und aufwendiger werdenden Rohstoff- und Energieausbeute sollte daher in den Augen der Kritiker eine bewußte und gesteuerte Bremsung des Wirtschaftswachstums in den reichen Industrieländern sein. Diese verlangt die Einübung neuer Konsum- und Produktionsmuster, die umwelt-, energie- und rohstoffsparender sind<sup>5</sup>. Und was die Entwicklungsländer betrifft, so ist ihrer Auffassung nach ein rasches Wachstum der Güterproduktion, das mit entsprechenden, die Armut reduzierenden Verteilungseffekten einhergeht, nur in den Regionen der Dritten Welt gerechtfertigt, in denen nach den Schätzungen der Weltbank über 800 Mill. Menschen unterhalb der absoluten Armutsschwelle leben müssen.

### Ungelöstes Verteilungsproblem

Das Verteilungsproblem ist mittels Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit weder im Hinblick auf die Einkommens- noch auf die Vermögensverteilung gelöst worden. Im Gegenteil: eine Politik der prozentualen Einkommenserhöhungen hat die absoluten Abstände zwischen den oberen und unteren Rängen in der Einkommensskala laufend vergrößert. Zweifellos hat das hohe Wirtschaftswachstum in den 50er und 60er Jahren dazu beigetragen, die Verteilungsfrage zu entschärfen. Verringern sich jedoch die Zuwachsraten dauerhaft und/oder bleiben sie sogar zeitweise (ungewollt) aus, so stellt sich die nur politisch zu lösende Frage nach der Legitimität der gegenwärtig vorhandenen Disparitäten in der Einkommens- und Vermögensverteilung erneut.

Welche Lösungsmöglichkeiten gibt es in einer ökonomischen Zukunft schrumpfender oder sogar fehlender Produktionszuwächse für den Konflikt zwischen Arbeit (Gewerkschaften) und Kapital (Arbeitgeberverbände), wenn man von einer sich beschleunigenden Inflation absieht? Angesprochen ist hier die Frage, ob die gegenwärtig vorherrschenden Entscheidungs- und Eigentumsverhältnisse in den Unternehmen einer Welt richtig angepaßt sind, der das Ventil eines hohen Wirt-

<sup>4</sup> Erinnert sei hier lediglich an die von potentiell betroffenen Interessengruppen betriebene Entschärfung des Entwurfs eines Abwasserabgabengesetzes, die in der Presse vielfach als „Verwässerung“ des Abwasserabgabengesetzes apostrophiert wurde.

<sup>5</sup> Die Betroffenheit durch die Armut in der Dritten Welt und die daraus resultierenden praktischen Versuche, gemeinschaftlich ressourcen- und energiesparende Konsum- und Lebensformen zu entwickeln und zu erproben, finden sich besonders zahlreich im kirchlichen Bereich. Einen umfassenden Überblick über diese konsumkritische Bewegung vermittelt der Sammelband von K. W e n k e und M. Z i l l e s s e n (Hrsg.): Neuer Lebensstil. Verzicht oder Verändern?, Opladen 1978.

schaftswachstum bzw. der Ausweg in die Inflation immer weniger zur Verfügung steht. Wie können die Gewerkschaften auf das Ziel maximal erreichbarer Lohn-erhöhungen verzichten, wenn sie damit rechnen müssen, daß dieser Verzicht in Abhängigkeit von der in der Zukunft sich tatsächlich ergebenden ökonomischen Lage der Verteilungsposition der Arbeitgeber und der Eigentümer der Unternehmen zugute kommt. Die Notwendigkeit der Erzielung von (steigenden) Gewinnen muß den Gewerkschaften fremd bleiben, wenn das Eigentum und die Gewinne ausschließlich den Eigentümern und dem Management der Unternehmen vorbehalten bleiben. In dem Maße, in dem der grundlegende ökonomische Verteilungskonflikt das ständige Verlangen nach höheren Löhnen und Gehältern schürt, könnte durch institutionelle Reformen mit dem Schwerpunkt auf der Mitbestimmung und der Gewinnbeteiligung das verteilungskonfliktbedingte Wachstumsmotiv abgeschwächt, wenn nicht gar – je nach den ökonomischen Rahmenbedingungen – beseitigt werden. Dadurch würden institutionelle Voraussetzungen dafür geschaffen, daß in der Arbeitnehmerschaft die Entwicklung der Gewinne nicht nur unter dem Aspekt der Abwehr potentiell befürchteter Übervorteilungen interessiert, sondern primär unter dem Aspekt der Mobilisierung von Investitionsmitteln für das eigene Unternehmen und als ein zentraler Indikator des Unternehmenserfolges am Markt.

Angesprochen ist aber auch die Frage nach der Legitimität der Verteilungsrelationen innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Diese stellt sich neu, wenn zunehmend in Frage gestellt ist, daß höhere Einkommensniveaus auch für die unteren Einkommensgruppen über zukünftig sukzessiv erfolgende prozentuale Einkommenssteigerungen erreichbar sind.

### Wachstum als Wohlfahrtsindikator

Eines der ältesten Argumente der Wachstumskritiker ist der Hinweis darauf, daß der Indikator des wirtschaftlichen Wachstums – die Zuwachsrate des BSP – immer weniger als Maß für die Entwicklung der Wohlfahrt (Lebensqualität) der Bevölkerung taugt. Von den vielen Punkten der Kritik am BSP als Wohlfahrtsindikator<sup>6</sup> sei hier lediglich die These vom sinkenden sozialen Nettoertrag eines raschen Wirtschaftswachstums in den Industrieländern angeführt. Sie wird u. a. mit dem ständig steigenden Anteil der kompensatorischen Produktion an der gesamten Produktion der Volkswirtschaft begründet. Unter kompensatorischer Produktion werden hierbei jene ausgabenverursachenden wirtschaftlichen Aktivitäten verstanden, die ausschließlich deswegen erforderlich werden, um die

durch das Wirtschaftswachstum in den Industriegesellschaften erzeugten Schäden und Probleme zu beseitigen, zu sanieren und zu reparieren. Konnte die Umwelt in den 50er Jahren noch weithin kostenlos von den Haushalten, Unternehmen und staatlichen Institutionen genutzt werden, so müssen in den Industrieländern für die Erreichung des gleichen Ziels mittlerweile 2 bis 4 % des BSP aufgewendet werden<sup>7</sup>. Neben den Umweltschutzausgaben sind Teile der Ausgaben des Gesundheitswesens, ballungsbedingt stark steigende staatliche Infrastrukturausgaben und ballungsbedingt stark steigende Mieten und Fahrtkosten zum Arbeitsplatz klassische Beispiele der kompensatorischen Ausgaben, die erst getätigt werden müssen. Die verbleibenden Einkommensteile können dann zur Befriedigung der selbstbestimmten Bedürfnisse eingesetzt werden.

### Wandel der Wertvorstellungen

Die Politik der Wachstumsbeschleunigung als Hauptinstrument zur Lösung des Beschäftigungsproblems erscheint vielen – vor allem jüngeren Leuten – kurzsichtig, weil sie mit dem in der Gesellschaft in Gang befindlichen Wertwandel von materialistischen zu post-materialistischen Zielen – um die Begriffe von R. Inglehart<sup>8</sup> zu benutzen – kollidiert. Die Wachstumslösung setzt implizit voraus, daß weiterhin regelmäßig steigende Einkommen (Lebensstandard, Konsum) das überragende Ziel und die primäre Motivationsquelle der Bevölkerung sind. Mit dieser Erwartung wird diese Lösung aber einer gesellschaftlichen Minderheit, die in den vergangenen zehn Jahren rasch angewachsen ist, nicht gerecht. Für diese Minderheit ist nicht mehr die Maximierung des persönlichen Einkommens das Hauptziel ihrer ökonomischen Tätigkeit, sondern das Bedürfnis nach einer als sinnvoll empfundenen Arbeit, nach Kooperation und Zugehörigkeit, d. h. also nach Anerkennung sozialer und emotionaler Bedürfnisse im Arbeitsprozeß und nach herausfordernden Tätigkeiten, die es erlauben, dem Bedürfnis nach Selbstverwirklichung auch im Arbeitsprozeß gerecht zu werden.

Der nach den Befragungsergebnissen von Inglehart in der jüngeren Generation der 16-29jährigen besonders ausgeprägte Wertwandel kann mit der dynamischen Bedürfnistheorie von Maslow<sup>9</sup> relativ gut erklärt werden. Maslow zufolge artikulieren sich nach einer

<sup>6</sup> Vgl. hierzu C. Leipert: Unzulänglichkeiten des Sozialprodukts in seiner Eigenschaft als Wohlstandsmaß, Tübingen 1975; A. Steigler: Sozialprodukt oder Wohlfahrt?, Diessenhofen 1979.

<sup>7</sup> Vgl. M. Jänicke, a. a. O., S. 52.

<sup>8</sup> R. Inglehart: The Silent Revolution, Princeton 1977.

<sup>9</sup> A. M. Maslow: Motivation und Persönlichkeit, Olten und Freiburg i. Br. 1977, S. 74 ff.

gesicherten Befriedigung der existentiellen (physiologischen und Sicherheits-)Bedürfnisse zentral Beziehungs- und Selbstverwirklichungsbedürfnisse (Zugehörigkeit, Liebe, Anerkennung, Selbstachtung und Selbsterfüllung). Die jüngere Generation ist nach dem Zweiten Weltkrieg in einer sozialen Umwelt des relativen ökonomischen Wohlstandes und gesicherter Verhältnisse aufgewachsen. Das Selbstverständliche ist nicht mehr motivationsprägend. Verhaltensprägend werden nunmehr die unerfüllten immateriellen Bedürfnisse. „Je reicher man wird, desto weniger bedeutet Reichtum.“ Diese Gruppen messen den zukünftigen gesellschaftlichen Fortschritt mithin nicht mehr an der Erreichung immer höherer Werte auf der Einkommensskala, sondern primär an dem (vorhandenen oder fehlenden) Sinnbezug ihrer Arbeit und an der Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze.

### Flexibilisierung des Arbeitslebens

Stehen die Befürworter einer Wachstumsbeschleunigungsstrategie – wie z. B. der Sachverständigenrat und die Unternehmerverbände – den verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung als Mittel der Beschäftigungspolitik eher ablehnend gegenüber<sup>10</sup>, so spielt die Verringerung der Arbeitszeit in den Alternativszenarios der Wachstumskritiker eine zentrale Rolle, und zwar zunächst einmal aus beschäftigungspolitischen Gründen. Es ist nur logisch, daß die Arbeitszeitverkürzung als beschäftigungspolitisches Instrument im wirtschaftspolitischen Kalkül einen um so wichtigeren Stellenwert einnimmt, je weniger an den Erfolg einer Wachstumsstrategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung geglaubt wird. Die Skepsis hinsichtlich der Erreichbarkeit eines vollbeschäftigungskonformen Wirtschaftswachstums und nicht die bewußte Orientierung auf eine nur noch kontrolliert schwach wachsende Volkswirtschaft ist auch der Hauptgrund für die strategische Rolle der Arbeitszeitverkürzung im Konzept der Gewerkschaften.

Eine wichtige Dimension von Arbeitszeitverkürzungen in einem alternativen Entwicklungskonzept ist der ihnen potentiell innewohnende emanzipatorische Effekt. Im Mittelpunkt steht hierbei die Überlegung, daß die Entwicklung der Industriegesellschaft zwar eine ungeheure Erweiterung der individuellen Wahlmöglichkeiten im Konsumbereich mit sich gebracht hat, der jedoch auf dem Arbeitsmarkt nichts Gleichwertiges gegenübersteht. Im Prinzip hat der einzelne auf dem Arbeitsmarkt wie vor 100 Jahren lediglich die Option, das Angebot eines Vollzeitarbeitsplatzes anzunehmen oder abzulehnen. Neue Arbeitszeitmodelle können hier auf der Arbeitsmarktseite etwas nachholen, was

auf der Konsumseite längst selbstverständlich ist, nämlich mehr Selbstbestimmung hinsichtlich der Dauer und Plazierung der Erwerbsarbeit am Tage, in der Woche, im Jahr und in den einzelnen Lebensphasen zu ermöglichen.

Mit dieser stärkeren Arbeitszeitflexibilität entsprechend der unterschiedlichen individuellen Präferenzen gewinnt man nach B. Teriet Zeitsouveränität<sup>11</sup>. Konsumsouveränität bei mangelnder Zeitsouveränität blockiert bei jenen das individuell erreichbare Wohlfahrtsmaximum, bei denen die vorgegebenen Arbeitszeitstrukturen nicht mit den individuellen Zeitpräferenzen übereinstimmen. Die Inflexibilität der heute noch vorherrschenden Arbeitszeitordnung erzeugt einen Zwang zu ständig steigendem Einkommen auch für jene, die eine weitere regelmäßige Steigerung von Einkommen, Konsum und Besitz gar nicht mehr wünschen, sondern statt dessen eine Verringerung der Erwerbsarbeitszeit bei gegebenem Einkommen vorziehen würden.

### Stärkung der Eigeninitiative

Der besondere Nachdruck, der auf die Erweiterung der individuellen Handlungsspielräume außerhalb der Erwerbsarbeit gelegt wird, ist vor allem auf die Rolle von Autonomie und Selbstbestimmung im Bild des Menschen im alternativen Entwicklungskonzept zurückzuführen. Autonomie und Selbstbestimmung menschlicher Arbeit und Lebensgestaltung sind jedoch unter den heute vorherrschenden Bedingungen der Arbeit im Erwerbssektor und der Expansion der Marktwirtschaft und des Staates in nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens weithin zu einer Fiktion geworden. Deshalb erscheint vielen (wachsende) Freizeit als geeignetes Mittel zur Wiedergewinnung autonomer Handlungsspielräume und selbstbestimmter Tätigkeiten.

War die Freizeit bisher ein Anhängsel des Erwerbssektors, indem sie primär ein Mittel zur Wiedergewinnung der Arbeitsfähigkeit im Erwerbsbereich war, so gewinnt sie in jener emanzipatorischen Perspektive einen eigenständigen Stellenwert für die Entwicklung der Gesellschaft. Hier können Verhaltensweisen praktiziert werden, die im leistungs- und konkurrenzorientierten Erwerbssektor nicht gefragt sind. Hier können neue Formen der Kleinproduktion, des Konsums, der Bewältigung sozialer Probleme, des familiären und nachbarschaftlichen Zusammenlebens erprobt, modi-

<sup>10</sup> Vgl. z. B. SVR: Jahresgutachten 1978/79, BT-Drucksache 8/2313 vom 23. 11. 1978, S. 182 ff.

<sup>11</sup> B. Teriet: Mit mehr Zeitsouveränität zu einer neuen Arbeitszeitpolitik, in: WSI-Mitteilungen, H. 12 (1980), S. 712 ff.

fiziert und weiterentwickelt werden. Die Nutzung der Freizeit verliert in diesem Bild ihren passiven, rein konsumtiven Charakter.

Denkbar ist damit in Zukunft auch eine Veränderung des bisherigen Verhältnisses von Erwerbsarbeit und Freizeit. So ist es angesichts der wachsenden Bedeutung der Freizeit im Zeitbudget des einzelnen nicht ausgeschlossen, daß Impulse von der Welt der selbstbestimmten Aktivitäten auf die Erwerbswelt ausgehen, in der die fremdbestimmte und einseitig belastende, wenig abwechslungsreiche Arbeit immer noch vorherrscht. Angesichts der reduzierten Abhängigkeit vom Erwerbssektor (bei gesteigener Bedeutung der nicht im Erwerbssektor verbrachten Zeit) werden alte Forderungen der Arbeiterbewegung nach Humanisierung der Arbeitswelt und Mitbestimmung unter Umständen nachdrücklicher und mit geringerer Kompromißbereitschaft als bisher vertreten.

#### Rückverlagerung von Sozialdiensten

Der Aufbau eines dualen Sektors<sup>12</sup>, in dem selbstorganisierte Projekte an der ökonomischen und sozialen Basis der Gesellschaft dezentral und problemnah durchgeführt werden, eine Neubewertung der Eigenarbeit<sup>13</sup>, deren potentieller Beitrag zur individuellen Lebensqualität vom vorherrschenden ökonomischen Denken nicht mehr gesehen wurde, und „kleine Netze“<sup>14</sup> als dezentrale, problemnahe und überschaubare Alternativen der Problembearbeitung in Teilbereichen der Sozialpolitik sind Ausdruck jenes neuen Denkens, das – von einer Kritik an bestimmten Entwicklungen in bürokratischen Organisationen herkommend – die Problemlösungskompetenz der Betroffenen auf kooperativer Basis in Familie, Nachbarschaft und Stadtteil wieder entdeckt hat.

Die Diskussion über Basisprojekte im Sozialbereich müßte insbesondere für den Staat, der dort die Hauptverantwortung trägt, von großem Interesse sein. Die Kritik an den bürokratischen Sozialorganisationen und spezialisierten Sozialeinrichtungen wächst zusehends<sup>15</sup>. Eine teilweise Rückverlagerung von gewissen sozialen Aufgaben aus den staatsbürokratischen Organisationen in den autonomen Bereich der Privathaushalte, aus dem die sozialen Problemlagen in Verbindung mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung

hervorgehen, wird mit der Idee der Schaffung „kleiner Netze“ der sozialen Selbsthilfe empfohlen. Dazu gehören etwa ein einfaches Sozialzentrum zur Betreuung der Betagten, Alleinstehenden und der Außenseiter sowie zur Bereitstellung sozialer Dienste wie Haushaltshilfe, Hauspflege, Mahlzeitendienst für Alte, Behinderte, Pflegebedürftige, ein Basis-Gesundheitsdienst mit ärztlicher (physischer und psychischer) Betreuung, Geburt und Tod in der gewohnten Umgebung, ein Kindergarten (Kinderhort), der die Vorschule und die erste Sozialisation im Wohnbezirk ermöglicht sowie eine Ausweitung des Spiel- und Kreativitätsbereichs anstrebt, Informations- und Bildungsmöglichkeiten (Bibliotheken, Gespräche, Diskussionen, politische Aktionen, Bürgerinitiativen) und Einrichtungen für Freizeit und Geselligkeit (Kneipe und Versammlungslokal, verschiedene Klubs, Spiel und Sport)<sup>16</sup>.

Die potentiellen positiven Effekte eines derartigen Wechsels sind vielfacher Natur<sup>17</sup>. So findet die vorhandene und in Zukunft angesichts wachsender Freizeitspielräume wahrscheinlich weiter zunehmende Bereitschaft, neben der beruflichen Tätigkeit im Erwerbssektor an selbstorganisierten Initiativen im überschaubaren Wohnbereich mitzuarbeiten, ein motivierendes Betätigungsfeld. Der Gedanke der Selbsthilfe, der am Anfang des sozialpolitischen Denkens in der Arbeiterbewegung stand, wird wieder stärker betont. Damit gewinnt ein (nicht neues) Staatsbild Kontur, nach dem der Staat die Selbsthilfekräfte der Bevölkerung im überschaubaren Bereich von Wohnquartier und Stadtteil fördern bzw. institutionelle Hemmnisse abbauen sollte und sein Leistungsangebot auf jene Bereiche beschränken sollte, in denen die Mobilisierung von Eigeninitiative nicht möglich ist oder nicht zu den gewünschten Ergebnissen führt.

#### Kostenentlastung des Staates

Der Staat wird voraussichtlich finanziell entlastet, auch wenn er den größten Teil jener dezentral agierenden Initiativen finanziell fördert. Dies ergibt sich allein aus dem Abbau bürokratischer, hierarchischer und beruflicher Strukturen. Bürokratische „Wasserköpfe“

<sup>12</sup> Vgl. J. Huber (Hrsg.): *Anders Arbeiten – Anders Wirtschaften. Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein*, Frankfurt/M. 1979.

<sup>13</sup> Vgl. C. und E. von Weizsäcker: *Eigenarbeit in einer dualen Wirtschaft*, in: J. Huber (Hrsg.), a. a. O., S. 91 ff.

<sup>14</sup> Vgl. H. C. Binswanger, W. Geissberger, T. Ginsburg (Hrsg.): *Der NAWU-Report – Wege aus der Wohlstandsfalle*, Frankfurt/M. 1978, S. 222 ff.

<sup>15</sup> Ein ständiger Zubau von Alten- und Pflegeheimen, die in der Regel eine Entwurzelung der Insassen aus dem angestammten örtlichen und nachbarschaftlichen Milieu mit sich bringen und in denen Eigenaktivität und Selbstverantwortung verkümmern, ist keine menschlich-produktive Lösung des Altenproblems. Großorganisationen in der Psychiatrie haben unter Umständen mehr krankheitsverstärkende als heilende und aktivierende Wirkungen.

<sup>16</sup> Vgl. H. C. Binswanger, W. Geissberger, T. Ginsburg (Hrsg.), a. a. O., S. 235.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu auch C. Leipert, U. E. Simonis: *Alternativen wirtschaftlicher Entwicklung. Problembereiche, Ziele und Strategien*, in: U. E. Simonis (Hrsg.): *Ökonomie und Ökologie. Auswege aus einem Konflikt*, Karlsruhe 1980, S. 141 ff.

sind bei überschaubarer Größe jener sozialen Netze nicht erforderlich. Dies bedeutet gleichzeitig, daß auch keine diffizilen hierarchischen Strukturen entstehen können, die angesichts des hohen Anteils von Spitzengehältern besonders kostenintensiv sind. Die stärkere Einbeziehung von Laien in die soziale Arbeit und die höhere Arbeitsbefriedigung der in den „kleinen Netzen“ arbeitenden Fachleute, die gewisse Einkommenseinbußen rechtfertigen würde, bringt bei gleicher (wahrscheinlich wirksamerer) Leistung geringere Personalkosten mit sich.

Eine Kostenentlastung ergibt sich ferner durch die höhere Effizienz der dezentralen Problembewältigung, die ja gerade aufgrund der zunehmenden Erkenntnis kontraproduktiver Tendenzen in den bürokratischen Einrichtungen des Sozialstaates stärker ins Blickfeld geraten ist. Die zunehmende Reglementierung, Entpersönlichung und Verrechtlichung der Problembearbeitung in bürokratischen Großorganisationen bilden zwar eine hervorragende Voraussetzung für eine „gerechte“ Verwaltung, jedoch nicht für eine weitsichtig produktive Lösung der Probleme. Die Herbeiführung einer nachhaltig wirksamen Dienstleistung setzt auch die Kooperation des Konsumenten voraus. Diese ist leichter in dezentralen, überschaubaren und wenig reglementierten Einrichtungen herzustellen als in formalisierten Bürokratien, in denen sich verwaltungsmäßiges Rollenverhalten und ein hohes Maß an Entfremdung gegenüber den konkreten Problemen der Klienten leichter durchsetzen.

### Entwicklung neuer Technologien

Das zweite Standbein eines alternativen Entwicklungsszenarios bilden Überlegungen zur künftigen technologischen Entwicklung. Bisher erfolgte die technologische Ausstattung der Unternehmen unter der primären Zielsetzung einer maximalen privatwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung (und Realisierung der angestrebten Rendite). Diese Zielsetzung erzeugt einen dauernden Wachstumszwang<sup>18</sup>. Bei einer permanent wachsenden Arbeitsproduktivität und einem damit gleichzeitig schrumpfenden Arbeitsplatzangebot besteht eine ständige Notwendigkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen, indem neue Wachstumsspielräume gefunden werden. An dieser für die Wachstumskritiker brisanten Rolle von Rationalisierungsinvestitionen setzt ein Vorschlag des NAWU-Reports an, die arbeitsplatzvernichtenden Rationalisierungsinve-

stitionen sukzessive durch einen neuen Typ von Rationalisierungsinvestitionen zu ersetzen, die Energie, Rohstoffe und das Gut Umwelt einsparen und absolut und relativ einen höheren Arbeitseinsatz erfordern<sup>19</sup>. Dies setzt natürlich eine deutliche relative Verbilligung des Faktors Arbeit (z. B. über eine Neuverteilung der Lohnnebenkosten oder eine Maschinensteuer) und eine spürbare Erhöhung von Energie- und Rohstoffpreisen (z. B. über eine zweckgebundene Energie- und Rohstoffsteuer) voraus.

Eine abgeschwächte Produktivitätsentwicklung würde sich freilich auch dann ergeben, wenn die einseitige Produktivitätsorientierung bei der Entwicklung neuer Technologien zugunsten eines Bündels von Kriterien relativiert werden würde, bei denen der Gedanke einer Humanisierung der Arbeitswelt im Vordergrund steht und um Kriterien wie die Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit der neuen Technologien sowie die Energie-, Rohstoff- und Umwelteinsparung ergänzt wird. Es wäre eine Illusion anzunehmen, daß die Entwicklung und spätere Nutzung derartiger „angepaßter“ Technologien ohne Produktivitätsverluste – so wie sie üblicherweise gemessen werden – vonstatten gehen würde.

### Rolle von Staat und Gewerkschaften

Da in einer dezentral organisierten Privatwirtschaft von den einzelnen Unternehmen nicht die spontane Entwicklung von Technologien erwartet werden kann, mit denen zugunsten anderer Lebensqualitätsziele auf gewisse sonst erreichbare Produktivitätsvorteile verzichtet wird, sind die staatlichen Instanzen und die Gewerkschaften gefordert. Der Staat hat die Möglichkeit, über seine Forschungs- und Technologie-Politik, über die Erhebung von Abgaben (z. B. Energie-, Rohstoff- und Umweltverbrauchsteuer) und die Festsetzung von Mindestnormen (im Umwelt- und Energiebereich, bei der Produktsicherheit und -nutzungsdauer, bei der Sicherheit der Arbeitsplätze und hinsichtlich der Gesundheitsbeeinträchtigung der Arbeitsumwelt) gezielten Einfluß auf eine differenzierte Technologieentwicklung zu nehmen. Die Gewerkschaften können im Rahmen ihrer Tarifverhandlungen die Gewichte stärker auf das Ziel der Humanisierung der Arbeitswelt legen, auf die Mitbestimmung an den Entscheidungsprozessen über die konkrete Situation am Arbeitsplatz und des Gesamtunternehmens, auf die Vermeidung von Qualifikationsverlusten durch Rationalisierungsmaßnahmen, auf Weiterbildungsmöglichkeiten für Betroffene von unumgänglichen Rationalisierungen und auf die Bereitstellung gleichwertiger neuer Arbeitsplätze bei rationalisierungsbedingten Arbeitsplatzverlusten.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu vertiefend J. Strasser, K. Traube: Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus, Bonn 1981, S. 366 ff.

<sup>19</sup> Vgl. M. C. Binswanger, W. Geissberger, T. Ginsburg (Hrsg.), a. a. O., S. 135 f.